



Medienmitteilung

Sozialdemokratische Partei Obwalden

Mitgliederversammlung vom 08. November 2024

Sarnen, 12. November 2024

Am Abend vom 08. November trafen sich die Sozialdemokrat*innen aus Obwalden zur Mitgliederversammlung im Landgasthof Schlüssel in Alpnach.

Anlässlich der Mitgliederversammlung wurden die Parolen zur kantonalen sowie zu den nationalen Abstimmungen vom 24. November 2024 gefasst.

Klare Ablehnung des Autobahnausbaus

Der geplante Autobahnausbau wird von der Versammlung ohne Gegenstimme abgelehnt. Dieser Ausbau ist eine Investition in eine veraltete Verkehrspolitik, die das Problem nicht langfristig lösen wird. Ein Ausbau wird zu noch mehr Verkehrsaufkommen führen, ohne die Ursachen zu bekämpfen. Die Konsequenz: Mehr Umweltbelastung und noch mehr Staus. „Ein massiver Ausbau von Strassen löst die Mobilitätsprobleme der Zukunft nicht. Wir brauchen intelligente Verkehrslösungen, die das Auto nicht zur einzigen Option machen,“ so Suzanne Kristiansen, SP Sarnen.

Ablehnung der Einschränkungen bei der Untermiete

Die Einschränkung der Untermiete gefährdet bezahlbaren Wohnraum und belastet Menschen, die auf diese Lösung angewiesen sind, um hohe Mietkosten zu teilen. Besonders betroffen sind ältere Menschen, die ihre Wohnungen teilen, oder Studierende, die in WGs leben. Die neuen Regelungen würden es Vermieter*innen sogar erlauben, Mietverträge mit einer Kündigungsfrist von nur 30 Tagen zu beenden, was eine grosse Unsicherheit mit sich bringt.

Ablehnung der Änderungen bezüglich der Kündigung bei Eigenbedarf

Auch die geplante Erleichterung der Kündigung bei Eigenbedarf stösst auf Widerstand, da sie die Mieter*innen stärker dem Willen der Vermietenden ausliefert. Es wird befürchtet, dass der Eigenbedarf nur als Vorwand genutzt werden könnte, um Mieter*innen loszuwerden und höhere Mieten zu verlangen. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen bieten bereits ausreichend Schutz für private Eigentümer*innen, die Wohnraum für sich oder ihre Familie benötigen.

„Die geplanten Änderungen im Mietrecht setzen Mieter*innen unnötig unter Druck und geben Vermietenden mehr Kontrolle über die Wohnsituation – auf Kosten von sozialer Sicherheit und fairen Bedingungen,“ Peter Lötcher, Fraktionspräsident SP Obwalden.



Ablehnung der Änderung des Krankenversicherungsgesetzes: Einheitliche Finanzierung der Gesundheitsleistungen (EFAS)

Die SP Obwalden lehnt die EFAS-Revision knapp ab, da sie den Einfluss der Krankenkassen erheblich ausweitet und wichtige demokratische Kontrollmechanismen schwächt. EFAS ermöglicht es den Krankenkassen, zusätzlich rund 13 Milliarden Franken Steuergelder zu verwalten, die zuvor von den Kantonen eingesetzt wurden. Dies entzieht den Kantonen nicht nur finanzielle Verantwortung, sondern auch die Möglichkeit, die Gesundheitsversorgung aktiv mitzugestalten. Durch die Übertragung der Langzeitpflege an die Krankenkassen entsteht ein Interessenkonflikt, da diese neben der Grundversicherung auch Zusatzversicherungen anbieten. So könnten Entscheidungen zunehmend von Profitinteressen geprägt und nicht mehr am Wohl der Versicherten ausgerichtet werden.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass so grosse Summen öffentlicher Gelder in die Hände der Krankenkassen gegeben werden, die primär profitorientiert agieren. Die EFAS-Vorlage stärkt die Versicherten auf Kosten der öffentlichen Kontrolle,“ Lucia Abächerli, Vorstandsmitglied SP Obwalden.

Stimmfreigabe beim kantonalen Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz

Für die kantonale Vorlage haben sich die Mitglieder zu einer Stimmfreigabe entschieden, da die Abstimmung innerhalb der Versammlung zu einem Patt führte. Die gegensätzlichen Argumente spiegeln die schwierige Abwägung wider.

Befürwortende sehen in der Vorlage eine Möglichkeit, die Liegenschaftsbesteuerung gerechter zu gestalten. Der Nachtrag sorgt dafür, dass die steuerliche Benachteiligung von Mieter*innen gegenüber Eigentümer*innen verringert wird. Auch befürworteten sie die Vorlage, da die Angst besteht, dass es bei einer Ablehnung zu einer schlechteren Umsetzung kommen könnte und die Eigentümer*innen noch mehr bevorzugt würden.

Die Gegner*innen betonen, dass die Umsetzung ungerecht und unsozial sei, da die Reform vor allem wohlhabende Eigentümer*innen bevorzugt und eine verpasste Chance darstellt, höhere Steuereinnahmen zu generieren. Die Vorlage nutzt aus ihrer Sicht nur wenig zur dringend notwendigen Sanierung der Kantonsfinanzen und entlastet wohlhabendere Eigentümer*innen durch eine degressive Bewertung der Grundstücke.

Kontakt

Peter Löttscher
Fraktionspräsident SP OW

Tel. +41 79 392 98 84

Sozialdemokratische Partei OW
www.sp-obwalden.ch

Postfach 1510, 6061 Sarnen 1